

# Inhaltsverzeichnis

## Beiträge

Oberregierungsrat Dr. Michael Hippeli, LL.M., MBA (MDX), Frankfurt a. M.

Verbotsirrtum über die Erlaubnispflicht von Bankgeschäft oder Finanzdienstleistung bei Auskunft der Aufsichtsbehörde 253

Rechtsanwalt/Syndikusrechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt a. M.

Die Kostentragungspflicht für die Eintragung einer Vormerkung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 MaBV 258

## Rechtsprechung

### Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 21.9.2017 I ZR 53/16 Keine Ausräumung des durch eine irreführende Blickfangangabe verursachten Irrtums durch einen Hinweis am Ende eines nachfolgenden umfangreichen und unübersichtlichen Texts, dessen inhaltlicher Bezug zum Blickfang nicht klar gestellt wird (hier: Werbung für eine Kapitalanlage mit Festzins Plus) 264

Bundesgerichtshof 19.12.2017 XI ZR 152/17\* Zu den Anforderungen an die Sittenwidrigkeit eines strukturierten Darlehensvertrags; zu den Aufklärungspflichten der Bank aufgrund eines Finanzierungsberatungsvertrags bei Empfehlung eines im Hinblick auf die Verzinsung wechselkursbasierten Darlehensvertrags; zum Schadensersatz bei einer Verletzung der Aufklärungspflicht 268

OLG München 6.4.2017 29 U 3139/16 Zu Wettbewerbsverstößen bei Internet-Vermittlung von Versicherungsverträgen; Behandlung und Inhalt von Beratungspflichten bei Fernabsatzverträgen sowie der Bedeutung der Abrufbarkeit von Informationen über eine Internetseite 274

### Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 19.12.2017 II ZR 88/16\* Zu den Anforderungen an die Darlegung der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners durch den Insolvenzverwalter; Berücksichtigung der sog. Passiva II bei der Feststellung der Zahlungsunfähigkeit gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 InsO 277

Bundesgerichtshof 14.11.2017 VI ZR 73/17\* Verwaltungs- oder Geschäftstätigkeit nicht Voraussetzung für die Annahme eines satzungsmäßigen Sitzes i.S.d. Art. 63 Abs. 1 lit. a EuGVVO n.F./Art. 60 Abs. 1 lit. a EuGVVO a.F. 285

OLG Hamburg 13.10.2017 11 U 53/17 Grundsätzlich keine Aktivierung einer bestrittenen, gerichtlich durchzusetzenden Forderung in einer Überschuldungsbilanz; Zahlung im Sinne von § 64 Satz 1 GmbHG grundsätzlich auch bei Zahlung der Umsatzsteuer; bloße Aussicht auf mögliche Erstattung durch das Finanzamt keine privilegierte Gegenleistung nach § 64 Satz 2 GmbHG 287

### Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 10.11.2017 V ZR 217/16 Zur Ermittlung der Beschwer des Klägers, wenn einer von mehreren Klageanträgen (Zustimmung zur Löschung von Sicherungshypotheken) durch Teilurteil abgewiesen wird und der Kläger mit der Berufungseinlegung insoweit die (Teil-)Erledigung erklärt 291

Bundesgerichtshof	21.12.2017	IX ZB 18/17	Zur Frage, ob der pflegebedürftige Schuldner eine Erhöhung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens wegen Behandlungskosten, die von der gesetzlichen Krankenkasse nicht übernommen werden, sowie für Kosten einer erforderlichen und verhältnismäßigen Pflege verlangen kann	292
Bundesgerichtshof	11.1.2018	IX ZB 99/16	Zuständigkeit des Prozessgerichts für die Klärung der Frage, ob der Vergütungsanspruch des für den Schuldner im Insolvenzverfahren bestellten Prozesspflegers eine Masseverbindlichkeit oder eine gegen das insolvenzfreie Vermögen des Schuldners gerichtete Forderung darstellt	297

## **Dokumentation**

Brüssel aktuell	EU-Pläne zur Vollendung der Bankenunion	299
-----------------	---	-----

## **Bücherschau**

Marcus Lutter/Walter Bayer/ Jessica Schmidt	Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, 6. Aufl. Rezensent: Daniel Roggenkemper, Berlin	300
--	---	-----